

# ISS AKTUELL



Herwig Jedlaucnik

# Monetäre Realität europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Status und Trends

**Impressum:**

Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber:

Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport  
Rossauer Lände 1  
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie  
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik  
Stiftgasse 2a  
1070 Wien

Copyright:

© Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport  
Alle Rechte vorbehalten

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

*Oktober 2014*

Druck

HDruckZ-ASt Stift xxxx/14  
Stiftgasse 2a  
1070 Wien

## Vorwort

Nicht nur in Österreich sind die sinkenden Militärbudgets – trotz weiter bestehender, ja teilweise zunehmender Aufgaben in allen drei Bereichen Landesverteidigung, Assistenzeinsätze sowie Auslandsmissionen – seit Jahren ein Thema. Oberstleutnant des höheren militärfachlichen Dienstes Mag. Herwig Jedlaucnik belegt in der vorliegenden Studie überzeugend, dass dieser Rückgang der militärischen Mittel nicht erst – wie oft behauptet – mit der Wirtschaftskrise ab 2007/08 eingesetzt hat, sondern dass dieser Trend praktisch seit dem Ende des Ost-West-Konflikts 1989-91 besteht und durch die Wirtschaftskrise der letzten Jahre nur verschärft wurde. Gerade für Österreich, das mit seinen Verteidigungsausgaben traditionell im unteren Bereich der europäischen Staaten rangiert, ist diese Studie von Bedeutung, verschafft sie doch einen Vergleich mit der Lage anderer Länder.

Ich bin Brigadier Dr. Johann Frank, dem Leiter der Direktion für Sicherheitspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport, daher sehr dankbar, dass er zugestimmt hat, diese überarbeitete und aktualisierte Version eines Aufsatzes, der zuerst in dem, von ihm zusammen mit Mag. Walter Matyas herausgegebenen Jahrbuch *Strategie und Sicherheitspolitik 2014: Europas Sicherheitsarchitektur im Wandel* (Wien – Köln – Weimar: Böhlau, 2014), S. 451-473, erschienen ist, in Form einer Broschüre neu zu publizieren.

Wie auch bisher üblich, erscheint der Beitrag unter der Verantwortung des Autors als Wissenschaftler und gibt ausschließlich dessen persönliche Einschätzung, nicht aber in irgendeiner Weise eine offiziöse Meinung des Ressorts oder der LVAK wieder.

Die Mitarbeiter des ISS wünschen eine spannende Lektüre.

*Hofrat Univ.-Doz. Dr. Erwin A. Schmidl*

*Leiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik*

## INHALTSVERZEICHNIS

### MONETÄRE REALITÄT EUROPÄISCHER SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Zusammenfassung.....	3
Forschungsleitende Frage und Methodik .....	3
Europäische Finanz- und Wirtschaftskrise .....	4
Wirtschaftsentwicklung und Verteidigungsausgaben .....	6
Globale Militärausgaben – Status und Trends .....	10
Europäische und österreichische Militärausgaben – Status und Trends .....	12
Ausblick .....	16

# MONETÄRE REALITÄT EUROPÄISCHER SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

## Status und Trends

### Zusammenfassung

In der vorliegenden Studie wird gezeigt, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise nur zu einer Verstärkung eines seit längerem stattfindenden Trends beigetragen hat, aber keinesfalls für diesen verantwortlich ist. Europa reduzierte zwar seit Beginn der Wirtschaftskrise 2007 sein reales Militärbudget um knapp 9 %, während in den Beobachtungszeiträumen 1997 bis 2002 bzw. 2002 bis 2007 dieses noch um jeweils 4 % erhöht worden war. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) zeigt sich jedoch, dass bereits seit Ende der 1990er Jahre eine sukzessive Reduktion militärischer Ausgaben stattfindet. Diese wurden, solcherart bemessen, 1997 bis 2002 um 7 %, 2002 bis 2007 um 10 %, 2007 bis 2012 hingegen nur um 2,5 % reduziert. Die These, dass die Reduktionen europäischer Verteidigungsbudgets von der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise bzw. der zunehmenden Staatsverschuldung ausgelöst wurden, wird mittels einer vergleichenden Zeitreihenuntersuchung von Wirtschafts- und Schuldenentwicklung in Relation zu Militärausgaben falsifiziert.

Europa gibt aktuell 1,6 % seines Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung aus, ohne Frankreich und Großbritannien jedoch nur noch 1,3 %. Wie das Beispiel Österreichs und einiger anderer europäischer Staaten, die weniger als 1 % ihres BIP für Militäraufgaben bereitstellen<sup>1</sup>, deutlich macht, ist dabei durchaus noch Raum für Reduktionen nach unten gegeben. Der Konflikt mit Russland scheint jedoch zumindest in Teilen Europas ein strategisches Umdenken auszulösen. Vor allem die nordischen Staaten und die Staaten Osteuropas werden ihre Militärausgaben wieder leicht erhöhen. Die Ukraine-Krise dürfte somit der langfristige Trend zur weiteren Reduktion europäischer Militärausgaben vorerst gestoppt haben. Somit ist in den nächsten Jahren eine Stabilisierung der europäischen Verteidigungsbudgets um 1,5 - 1,6 % des BIP zu erwarten. Österreichs Verteidigungsbudget dürfte hingegen in den nächsten Jahren wohl in Richtung 0,7 bis 0,75 % des BIP fallen.

### Forschungsleitende Frage und Methodik

Während der aktuellen Wirtschaftskrise reduzierten viele europäische Staaten ihre Verteidigungsbudgets. Zahlreiche Autoren<sup>2</sup> stellten daher einen unmittelbaren und ursächlichen Zusammenhang zwischen Reduktionen der Verteidigungshaushalte und der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise her. Aber ist dies die korrekte Interpretation? Sinken die europäischen Verteidigungsbudgets als Folge der Wirtschaftskrise, oder gibt es auch andere Gründe für die Reduktion europäischer Militärausgaben?

Um diese Frage beantworten zu können, werden hier die Entwicklungen und Veränderungen bei den europäischen Militärausgaben näher beleuchtet. Es werden dabei nicht nur die absoluten Veränderungen der Militärausgaben, sondern auch und vor allem ihr Verhältnis zum jeweiligen BIP betrachtet. Insbesondere sollen die Zusammenhänge zwischen Wirtschaftswachstum und Staatsverschuldung versus Bereitschaft von Staaten, Militärausgaben zu tätigen, analysiert werden.

Vergleiche internationaler Militärausgaben sind nicht immer einheitlich, da sehr oft von unterschiedlichen Parametern ausgegangen wird. So ergeben sich unterschiedliche Ergebnisse, wenn Militärausgaben in Bezug zur lokalen Währung oder aber mit Referenz zu einer internationalen Vergleichswährung (US-\$ oder €) betrachtet werden. Eine politisch relativ eindeutige Aussagekraft hat jedoch das hier primär analysierte Verhältnis der Militärausgaben zum BIP. Daran ist ersichtlich, welche Militärausgaben der jeweilige Staat, in Bezug zu seinen wirtschaftlichen Möglichkeiten, bereit ist zu

<sup>1</sup> Die österreichischen Zahlen stellen dabei die Ausgaben des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport (BMLVS) ohne Sportausgaben jedoch inklusive Pensionen dar (NATO-Standard).

<sup>2</sup> Beispielsweise Patrick Keller: Challenges for European defense budgets after the economic crisis. American Enterprise Institute for Public Policy research, 2011, S. 7. Christian Mölling; Sophie-Charlotte Brune: The impact of the financial crisis on European defence. Brüssel 2011, S. 11. Rafael Calduch Cervera: Impact of the economic crisis on defence policies: a comparative study. Journal of the Spanish Institute for Strategic Studies 0/2012, S. 31. Claudia Major: Chancen und Grenzen der GSVP im Nachwind der großen Wirtschafts- und Finanzkrise. In: Johann Frank, Wolfgang Braumandl-Dujardin (Hg.): Parameter europäischer Sicherheit. Die GSVP zwischen strategischer Herausforderung und nationalstaatlicher Rason. Wien 2013 (= Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik, 1/2013), S. 61.

tätigen. Da Budgets ja bekanntlich den in Zahlen gegossenen politischen Willen widerspiegeln, kann an Hand dieser auch die Relevanz des europäischen Militärs in den jeweiligen staatspolitischen Aufgaben abgelesen werden.

Andorra, Island, Kosovo, Liechtenstein, Monaco, San Marino und Vatikanstadt haben keine oder keine vollwertigen Streitkräfte, und ihre militärische Sicherheit wird durch andere Staaten sichergestellt. Diese Staaten werden daher in dieser Studie nicht berücksichtigt. Kasachstan (europäischer Teil des Territoriums weniger als 6 % des Staatsgebietes), die Kaukasusrepubliken, Russland und die Türkei (europäischer Teil des Territoriums weniger als 3 % des Staatsgebietes) werden in dieser Studie nicht als europäische Staaten betrachtet. Russlands Staatsgebiet hat zwar einen knapp 23-prozentigen europäischen Anteil, ist aber gleichzeitig eine asiatische Macht. Die Türkei und Russland können daher durchaus als europäische Peripherie, nicht jedoch als europäische Staaten im Sinne dieser Studie betrachtet werden.

Um internationale Vergleiche durchführen zu können, bzw. um die relevanten Datensätze des International Monetary Fund (IMF)<sup>3</sup> sowie des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI)<sup>4</sup> nutzen zu können, musste als Basis-Währung der US-Dollar verwendet werden. Dies mag auf Grund von Währungsschwankungen in einzelnen Fällen nicht optimal sein, in der Gesamtheit der zu untersuchenden Aspekte hat sich dies aber als die beste Vorgangsweise erwiesen.

Für die Berechnung der Kategorien werden bewusst keine Durchschnittswerte als arithmetisches Mittel der Einzelwerte der jeweiligen Staaten herangezogen, denn bei dieser Berechnungsart täuschen einzelne wirtschaftliche Leichtgewichte, die beim Durchschnittswert überproportional ins Gewicht fallen. Daher werden alle Kategorien auch als Gesamtheit gerechnet, die jeweiligen Größen (Bruttoinlandsprodukte, Militärausgaben, etc.) aller Staaten zusammengefasst und als Einheit betrachtet.

Von besonderem Interesse sind natürlich die Entwicklungen während der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007. Konkret werden diesbezüglich die Veränderungen zwischen 2007 und 2012 näher betrachtet. Um jedoch die Zusammenhänge richtig einschätzen zu können, dienen die Zeiträume 1997 bis 2002 sowie 2002 bis 2007 als Vergleichsreihen.

### Europäische Finanz- und Wirtschaftskrise

Seit 2007/08 befindet sich Europa in einer Finanz- und Wirtschaftskrise. Nachdem in der ersten Phase das reale Wirtschaftswachstum noch nicht betroffen war, schlug die Krise ab 2008, vor allem aber ab 2009 auch auf die Realwirtschaft durch.

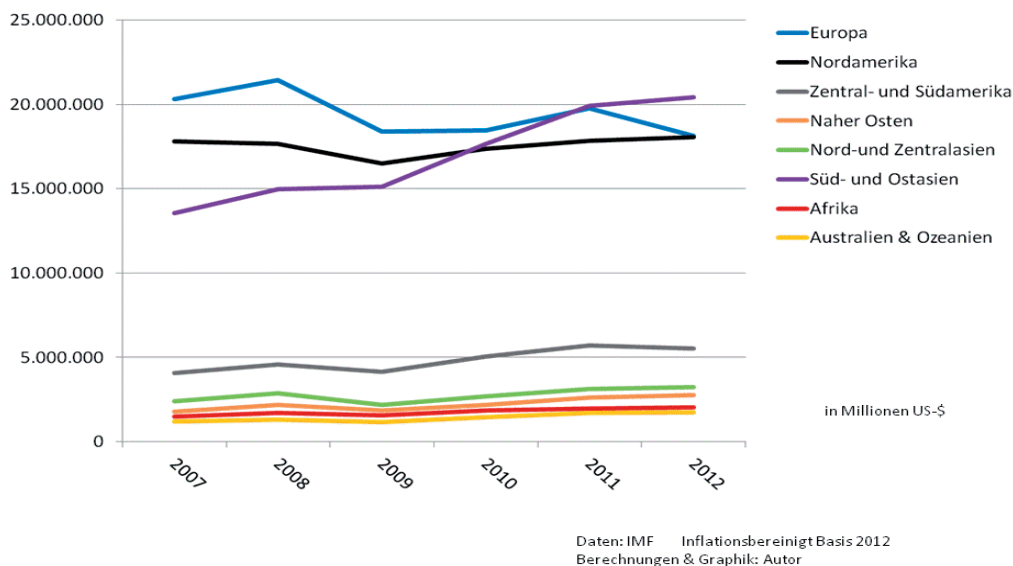


Abbildung 1: Entwicklung des globalen BIP in Millionen US-Dollar 2007 bis 2012

3 IMF World Economic Outlook Database. Homepage des International Monetary Fund, <<http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2013/02/weodata/index.aspx>>, abgerufen am 10.12.2013.

4 SIPRI Military Expenditure Database. Homepage des Stockholm International Peace Research Institute, <[http://www.sipri.org/research/armaments/milex/milex\\_database](http://www.sipri.org/research/armaments/milex/milex_database)>, abgerufen am 15.1.2014.

Bis 2012 sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP)<sup>5</sup> Europas um über 10 %, innerhalb der EU-28 sogar um über 12,5 %. Auf globaler Ebene waren von der aktuellen Krise 2009 faktisch alle strategischen Räume betroffen, jedoch kehrten außer Europa alle wieder rasch zu einem zumindest gemäßigten Wachstum zurück. Um die Weltwirtschaft wieder in Schwung zu bringen und die Finanzmärkte zu beleben, „pumpten“ die Zentralbanken der wichtigsten Industriestaaten USA und Japan sowie die Europäische Zentralbank gigantische Geldmengen in den Markt. Durch diese Maßnahmen konnte eine größere globale Wirtschaftskrise zwar verhindert werden, Europa konnte sich jedoch dennoch bis 2012 nicht aus der Rezession befreien. Von der Wirtschaftskrise besonders betroffen waren und sind Irland, Griechenland, Großbritannien, Portugal, Spanien, Ungarn, Italien, Kroatien, Slowenien, Niederlande, Serbien, Lettland und Rumänien, deren Bruttoinlandsprodukte 2007 bis 2012 teils deutlich schrumpften. Da einzelnen europäischen Staaten der Euro-Zone sogar die Staatspleite drohte, musste der Euro-Rettungsschirm bzw. der Europäische Stabilitätsmechanismus gegründet werden.

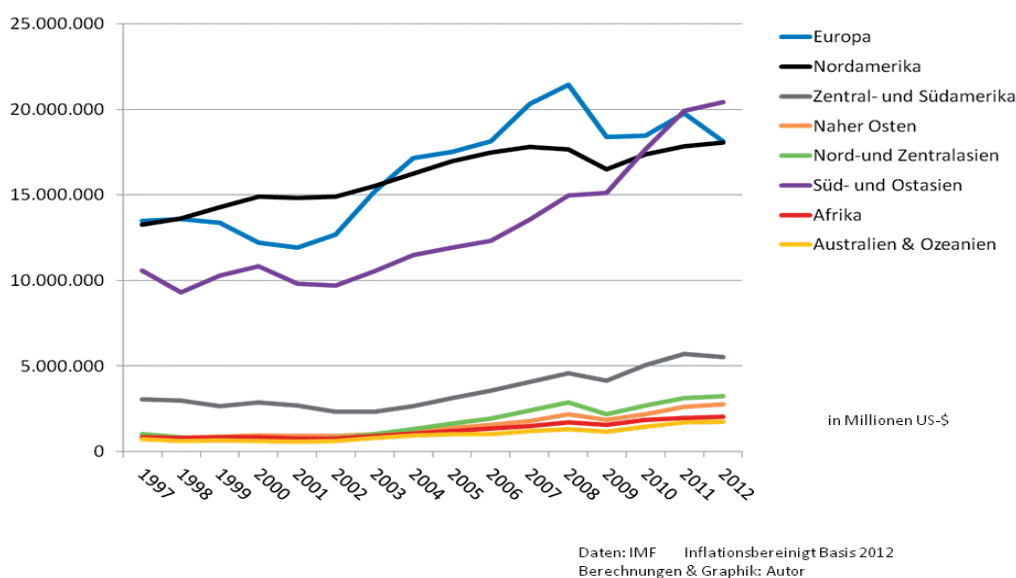


Abbildung 2: Entwicklung des globalen BIP in Millionen US-Dollar 1997 bis 2012

Europa hatte schon einige Jahre zuvor (1997 bis 2000) relativ unbeschadet eine Phase der Rezession durchlebt. Im Gegensatz zu dieser früheren Phase sahen sich die meisten europäischen Staaten in der aktuellen Krise jedoch gezwungen, ihr Budgetdefizit und damit auch ihre Staatsschulden massiv zu erhöhen. Waren die Staatsschulden 1997 bis 2002 sogar um 15 % gesunken, stiegen die realen europäischen Schulden 2002 bis 2007 um 55 %, 2007 bis 2012 um weitere 27 %. Der Schuldenanstieg 2002 bis 2007 war nur deshalb vorerst ohne Konsequenzen geblieben, da er mit einer signifikanten Erhöhung des BIP einherging. Daher sank in dieser Phase die Verschuldung – gemessen am BIP – sogar um 2,5 %.

Da also manche europäische Staaten es bereits in den Jahren vor der Krise an Haushaltsdisziplin mangeln ließen, erreichten die Staatsschulden von Griechenland über 150 %, von Italien, Portugal und Irland ca. 120 % sowie von Belgien, Frankreich, Großbritannien, Spanien und Zypern zwischen 85 % und 100 % des BIP. Auch Österreich ist mit knapp 75 % des BIP deutlich über den Maastricht-Kriterien<sup>7</sup>, ist jedoch noch vergleichsweise stabil im unteren Mittelfeld der EU und Europas positioniert.

<sup>5</sup> Das BIP gibt den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen an, die in einem Jahr innerhalb eines Staates (bzw. einer Staatengruppe) hergestellt wurden und dem Endverbrauch dienen.

<sup>6</sup> 82% bei Berechnung nach dem Europäischen System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG), das seit 2014 auch für Österreich gültig ist.

<sup>7</sup> Die fiskalischen EU-Konvergenzkriterien (Maastricht-Kriterien) legen für die Staatsschulden eine Obergrenze von 60 % des Bruttoinlandsproduktes fest.

## Wirtschaftsentwicklung und Verteidigungsausgaben

Wie bereits erwähnt, wurde mehrfach die These aufgestellt, dass die Reduktion der europäischen Militärausgaben in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der aktuellen Wirtschaftskrise bzw. der zunehmenden Staatsverschuldung stehe.<sup>8</sup> Um diese Behauptung zu überprüfen, werden hier die Zusammenhänge zwischen Wirtschaftswachstum und Staatsverschuldung, versus der Bereitschaft von Staaten Militärausgaben zu tätigen, analysiert. Um mögliche Zusammenhänge zwischen den ökonomischen Faktoren Wirtschaftswachstum sowie Staatsschulden bzw. Militärausgaben der Einzelstaaten nachweisen zu können, sind diese in ein direktes Verhältnis zu setzen.

Als erster Untersuchungsschritt wird Faktor A „positives/negatives Wirtschaftswachstum“ mit Faktor C „positives/negatives Wachstum von Militärausgaben“ verknüpft. Dazu werden die Veränderungen der beiden Faktoren bei allen relevanten 38 europäischen Staaten sowie allen 10 außereuropäischen Groß- und Mittelmächten<sup>9</sup> in drei vergleichbaren Beobachtungszeiträumen aufgezeichnet und graphisch dargestellt. Die Beobachtungszeiträume umfassen 1997 bis 2002, 2002 bis 2007 sowie die Phase der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 bis 2012.

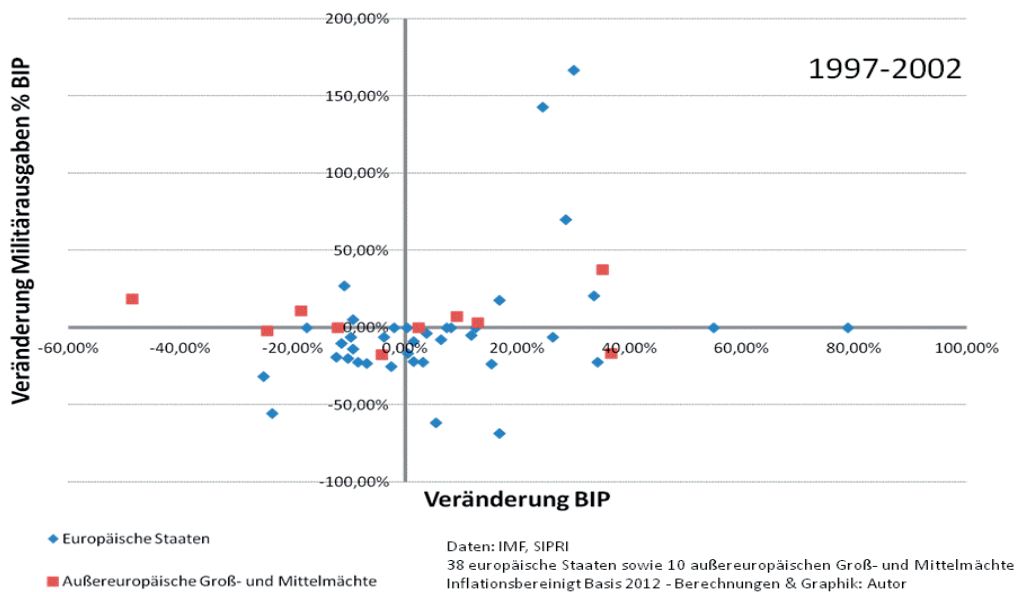


Abbildung 3: Verhältnis der Veränderungen des BIP zu den Veränderungen der Militärausgaben gemessen am prozentuellen Anteil des BIP europäischer Staaten und globaler Groß- und Mittelmächte 1997 bis 2002

Im Beobachtungszeitraum 1997 bis 2002 (Abbildung 3) ist eine Kumulierung europäischer Staaten zwischen minus und plus 20 % BIP-Wachstum feststellbar. Es ist auch ersichtlich, dass die meisten europäischen Staaten sowohl mit positiver als auch negativer Wirtschaftsentwicklung ihre prozentuellen Militärausgaben senkten. Die außereuropäischen Groß- und Mittelmächte zeigten eine breitere Streuung wirtschaftlicher Veränderungen und gleichzeitig nur geringe positive bzw. negative Veränderungen der prozentuellen Militärausgaben. Als Tendenz bei den europäischen Staaten ist eine von der Wirtschaftsleistung unabhängige Reduktion der prozentuellen Militärausgaben erkennbar. Bei den außereuropäischen Groß- und Mittelmächten ist tendenziell eine Beibehaltung der Militärausgaben sowohl bei negativer als auch bei positiver Wirtschaftsentwicklung ersichtlich.

8 Beispielsweise Patrick Keller, a.a.O., S. 7. Christian Mölling; Sophie-Charlotte Brune, a.a.O. S. 11. Rafael Caldach Cervera, a.a.O., S. 31. Claudia Major, a.a.O., S. 61.

9 Die untersuchten Staaten werden nach ökonomischen Kriterien unterteilt. Als Groß- und Mittelmächte werden in dieser Studie all jene Länder definiert, die im Schnitt zwischen 2007 und 2012 ein BIP von mehr als 5 % des BIP der Gesamt-EU aufweisen. Kleinere Staaten werden solche benannt, welche mehr als 0,5 % und weniger als 5 % des BIP der Gesamt-EU aufweisen. Als Zwergstaaten werden Staaten mit einem geringeren BIP als 0,5 % des BIP der Gesamt-EU bezeichnet. (Die obigen Werte entsprechen ca. 1,5 % bzw. 0,15 % des globalen BIP.)

Basierend auf dieser Kategorisierung sind Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien als europäische Groß- und Mittelmächten zu betrachten. Als kleinere europäische Staaten gelten Belgien, Dänemark, Finnland, Griechenland, Irland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Slowakei, Tschechien, Ukraine und Ungarn. Zu den (wirtschaftlichen) Zwergstaaten Europas gehören Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Mazedonien (FYROM), Moldawien, Montenegro, Serbien, Slowenien, Weißrussland und Zypern.

Alle nicht-europäischen Staaten, die nach der hier genutzten Definition zu den Groß- und Mittelmächten gehören, werden als Vergleichsgrößen herangezogen. Dies sind die USA, China, Japan, Brasilien, Russland, Kanada, Indien, Australien, Mexiko und Korea.



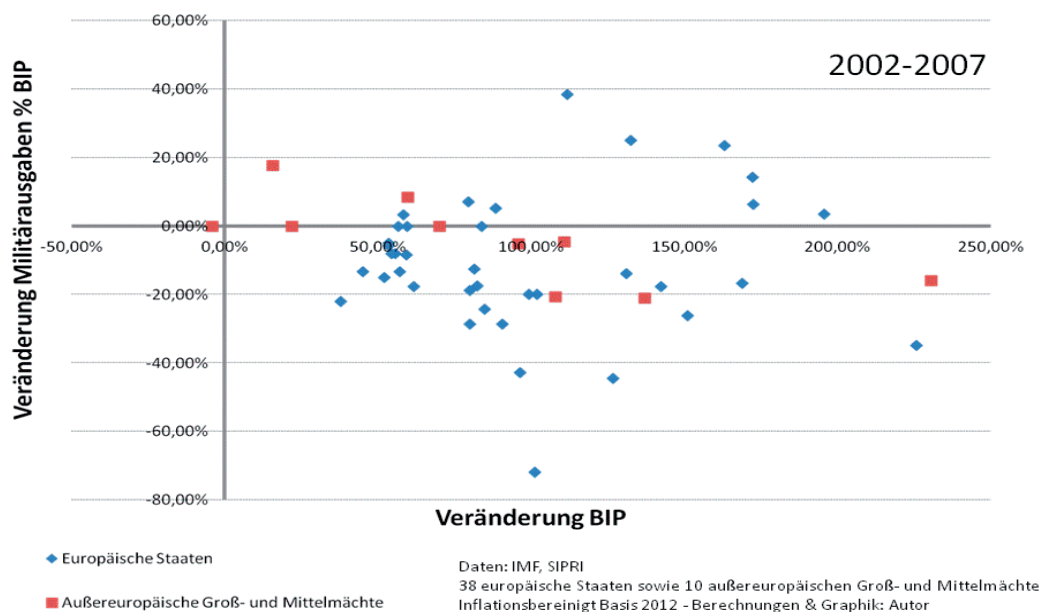


Abbildung 4: Verhältnis der Veränderungen des BIP zu den Veränderungen der Militärausgaben gemessen am prozentuellen Anteil des BIP europäischer Staaten und globaler Groß- und Mittelmächte 2002 bis 2007

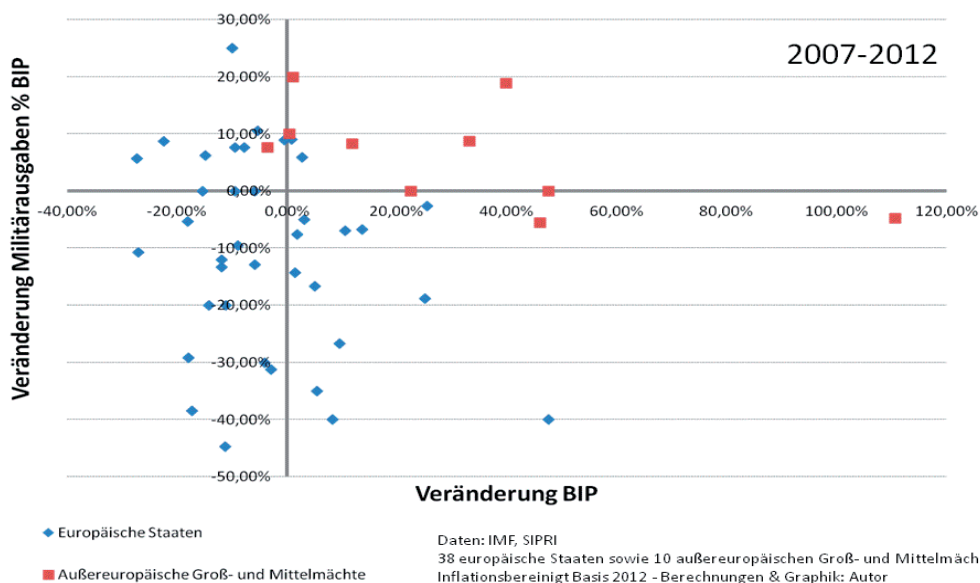


Abbildung 5: Verhältnis der Veränderungen des BIP zu den Veränderungen der Militärausgaben gemessen am prozentuellen Anteil des BIP europäischer Staaten und globaler Groß- und Mittelmächte 2007 bis 2012

Im Beobachtungszeitraum 2002 bis 2007 (Abbildung 4) ist eine breite Streuung des positiven BIP-Wachstums europäischer Staaten feststellbar. Eine leichte Kumulierung ist zwischen plus 40 % und plus 110 % erkennbar. Die Masse der untersuchten europäischen Staaten senkten ihre prozentuellen Militärausgaben bei positiver Wirtschaftsentwicklung – teils sogar signifikant. Die außereuropäischen Groß- und Mittelmächte zeigten eine breitere Streuung positiver wirtschaftlicher Veränderungen und gleichzeitig auch eine breite Streuung jedoch eher negativer Veränderungen der prozentuellen Militärausgaben. Im zweiten Beobachtungszeitraum kann somit bei europäischen Staaten eine Tendenz von positiver Wirtschaftsentwicklung und negativer Veränderung der prozentuellen Militärausgaben, erkannt werden. Bei den außereuropäischen Groß- und Mittelmächten ist breit gestreut eine leichte Reduktion der Militärausgaben bei positiver Wirtschaftsentwicklung erkennbar.

Im Beobachtungszeitraum 2007 bis 2012 (Abbildung 5) ist eine Kumulierung der Daten europäischer Staaten zwischen minus und plus 20 % BIP-Wachstum feststellbar. Die Streuung der Veränderung prozentueller Militärausgaben ist deutlich, wobei diese tendenziell leicht negativ ausgerichtet ist. Europäische Staaten mit positivem Wirtschaftswachstum senkten eher ihre Militärausgaben, solche mit negativem Wirtschaftswachstum teilten sich im positiven und negativen Bereich der Veränderung prozentueller Militärausgaben auf. Faktisch alle außereuropäischen Groß- und Mittelmächte wiesen ein positives Wirtschaftswachstum auf und steigern großteils ihre Militärausgaben.

Zusammenfassend ist im gesamten Beobachtungszeitraum 1997 bis 2012 bei europäischen Staaten tendenziell eine generelle, insbesondere bei positiver Wirtschaftsentwicklung negative Veränderung der prozentuellen Militärausgaben erkennbar. Bei den außereuropäischen Groß- und Mittelmächten ist tendenziell eine von der Wirtschaftsentwicklung unabhängige Beibehaltung der Militärausgaben, bzw. eine leichte Erhöhung der Militärausgaben bei positiver Wirtschaftsentwicklung erkennbar.

Im zweiten Untersuchungsschritt wird Faktor B „Veränderung Staatsschulden“ mit Faktor C „positives/negatives Wachstum von Militärausgaben“ verknüpft. Dazu werden die Veränderungen der beiden Faktoren wieder bei allen relevanten 38 europäischen Staaten sowie den 10 außereuropäischen Groß- und Mittelmächten in den drei vergleichbaren Beobachtungszeiträumen aufgezeichnet und graphisch dargestellt.

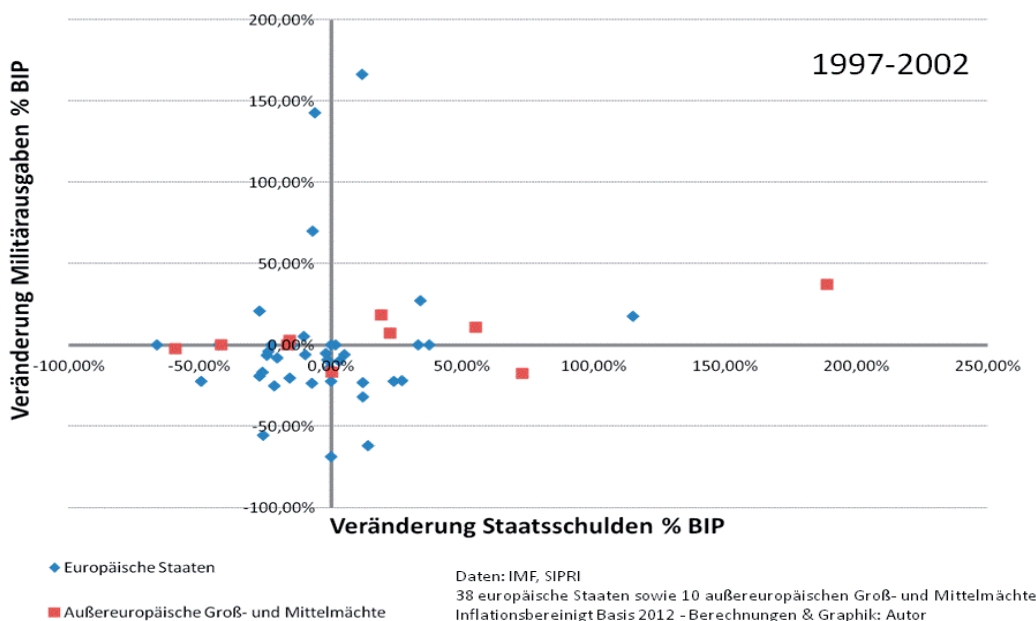


Abbildung 6: Verhältnis der Veränderungen der Staatsschulden zu den Veränderungen der Militärausgaben gemessen am prozentuellen Anteil des BIP europäischer Staaten und globaler Groß- und Mittelmächte 1997 bis 2002

Im Beobachtungszeitraum 1997 bis 2002 (Abbildung 6) ist eine Kumulierung europäischer Staaten zwischen minus 25 % und plus 10 % Veränderung der Staatsschulden gemessen am BIP feststellbar. Es ist auch ersichtlich, dass die meisten europäischen Staaten gleichzeitig ihre prozentuellen Militärausgaben senkten. Die außereuropäischen Groß- und Mittelmächte zeigten eine breitere Streuung der Veränderung ihrer Staatsschulden und gleichzeitig geringere positive bzw. negative Veränderungen der prozentuellen Militärausgaben. Bei den europäischen Staaten kann eine Tendenz zur Reduktion der Staatsschulden und negativer Veränderung der prozentuellen Militärausgaben erkannt werden. Bei den außereuropäischen Groß- und Mittelmächten ist tendenziell eine Beibehaltung der Militärausgaben sowohl bei negativer als auch bei positiver Entwicklung der Staatsschulden erkennbar.

Im Beobachtungszeitraum 2002 bis 2007 (Abbildung 7) ist eine breite Streuung der europäischen Staaten zwischen minus 60 % und plus 20 % Veränderung der Staatsschulden gemessen am BIP feststellbar. Die Masse der untersuchten europäischen Staaten senkten dabei ihre prozentuellen Militärausgaben bei gleichzeitiger Reduktion der Staatsschulden. Die außereuropäischen Groß- und Mittelmächte zeigten eine breitere Streuung der Veränderung ihrer Staatsschulden und gleichzeitig auch eine breite Streuung positiver und negativer Veränderungen der prozentuellen Militärausgaben, mit einem leichten Überhang zu deren Reduktion vor allem bei gleichzeitiger Reduktion von Staatsschulden. Im

zweiten Beobachtungszeitraum kann bei europäischen Staaten eine Tendenz zur Reduktion von Staatsschulden und negativer Veränderung der prozentuellen Militärausgaben, ausgemacht werden. Bei den außereuropäischen Groß- und Mittelmächten ist bei breiter Streuung eine geringe Reduktion von Militärausgaben, vor allem bei gleichzeitiger Reduktion von Staatsschulden, erkennbar.

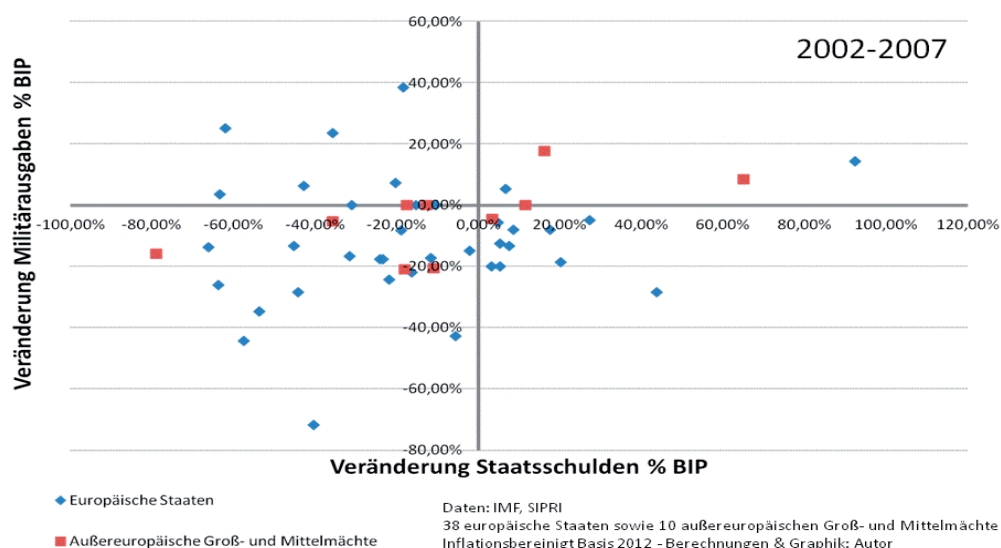


Abbildung 7: Verhältnis der Veränderungen der Staatsschulden zu den Veränderungen der Militärausgaben gemessen am prozentuellen Anteil des BIP europäischer Staaten und globaler Groß- und Mittelmächte 2002 bis 2007

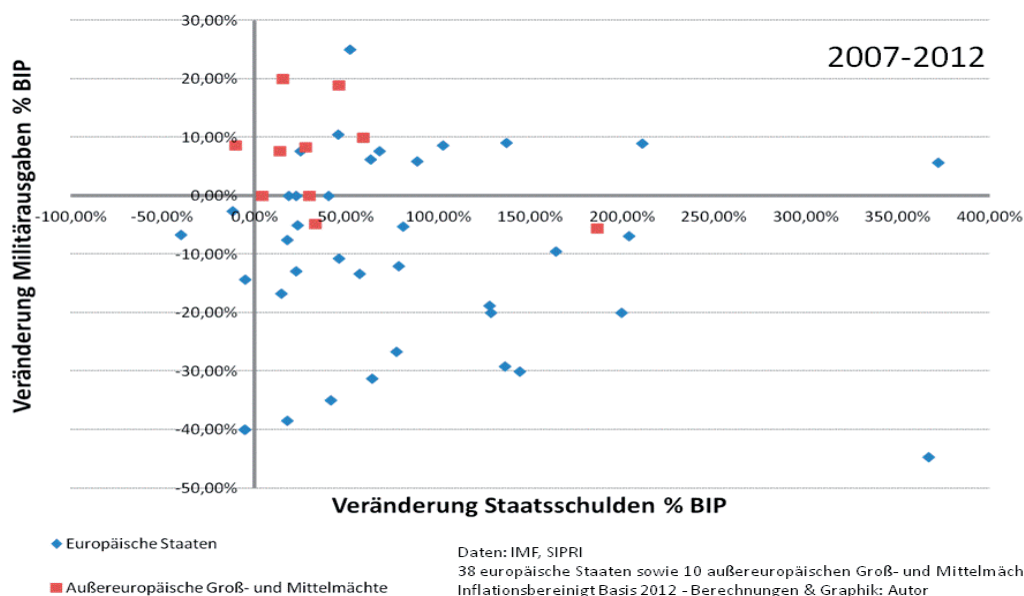


Abbildung 8: Verhältnis der Veränderungen der Staatsschulden zu den Veränderungen der Militärausgaben gemessen am prozentuellen Anteil des BIP europäischer Staaten und globaler Groß- und Mittelmächte 2007 bis 2012

Im Beobachtungszeitraum 2007 bis 2012 (Abbildung 8) ist eine breite Streuung europäischer Staaten zwischen 0 % und plus 200 % Veränderung der Staatsschulden, gemessen am BIP, feststellbar. Die Streuung der Veränderung prozentueller Militärausgaben ist deutlich zwischen minus 40 % und plus 10 %, wobei diese tendenziell leicht negativ ausgerichtet ist. Die Höhe der Veränderungen der Militärausgaben ist dabei unabhängig von der Erhöhung der Staatsschulden. Faktisch alle außereuropäischen Groß- und Mittelmächte erhöhten ihre Schulden und steigerten großteils ihre Militärausgaben.

Im dritten Beobachtungszeitraum kann bei europäischen Staaten maximal eine leichte Tendenz zur Erhöhung der Staatsschulden und negativer Veränderung der prozentuellen Militärausgaben erkannt werden. Bei den außereuropäischen Groß- und Mittelmächten ist breit gestreut eine Erhöhung der Militärausgaben bei Erhöhung der Staatsschulden identifizierbar.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass im Beobachtungszeitraum 1997 bis 2012 bei europäischen Staaten widersprüchliche Tendenzen zwischen Veränderungen der Staatsschulden und Veränderungen der prozentuellen Militärausgaben erkennbar sind. Dies lässt vermuten, dass es keine direkten Zusammenhänge zwischen den beiden Faktoren gibt. Bei den außereuropäischen Groß- und Mittelmächten ist ebenfalls kein klares Bild aber tendenziell eher die Reduktion von Militärausgaben bei gleichzeitiger Reduktion von Staatsschulden und eine Erhöhung der Militärausgaben bei gleichzeitiger Erhöhung der Staatsschulden erkennbar.

Die These, dass die Reduktionen bei den europäischen Verteidigungsbudgets von der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise bzw. der zunehmenden Staatsverschuldung ausgelöst wurden, ist damit falsifiziert. Auf Grundlage dieser Erkenntnis werden nun Status und Entwicklung der globalen und insbesondere europäischen Militärausgaben näher beleuchtet.

### **Globale Militärausgaben – Status und Trends**

Hinsichtlich der globalen Militärausgaben hat sich das Bild vergangener Jahre nicht verändert. Die USA sind und bleiben dank massiver Ausgaben (38,5 % der globalen Militärausgaben) die führende Militärmacht. China (9 %), Russland (5 %), Frankreich, Großbritannien und Japan (je 3,5 %) folgen mit deutlichem Abstand. Alle Staaten Europas gaben 2012 über 300 Milliarden US-\$ für ihre Verteidigung aus und stehen damit für 17,5 %, die EU-Staaten allein für ca. 16,5 % der globalen Militärausgaben. Süd- und Ostasien (inkl. China) wendete 20,2 %, der Nahe Osten 7,3 %, Nord- und Zentralasien (inkl. Russland) 6,7 %, Zentral- und Südamerika 4,4 %, Afrika 2,1 % und Australien & Ozeanien 1,6 % der globalen Militärausgaben auf.



Daten: SIPRI Berechnungen & Graphik: Autor

Abbildung 9: Verteilung der globalen Militärausgaben 2012

Die aktuelle Situation hat ihren Ausgangspunkt im Jahr 2001. Ende der 90er Jahre war Europa noch für 28 %, Nordamerika - zwar auch schon damals führend - aber nur für 37 % der globalen Verteidigungsausgaben verantwortlich. Wie in Abbildung 10 deutlich zu erkennen ist, begann das massive Auseinanderklaffen zwischen den US-amerikanischen und europäischen Verteidigungsbudgets nach den Terroranschlägen des 11. September 2001. Hier wird die offensichtlich unterschiedliche Perzeption und Beantwortung des globalen Terrorismus offenbar. In den folgenden Jahren reduzierte sich das europäische Verteidigungsengagement zwar nicht nominell, jedoch relativ. Der prozentuelle Anteil der europäischen Militärausgaben an den relevanten globalen Anstrengungen sank im Zeitraum 1997 bis 2002 um 8 %, 2002 bis 2007 um 17 % und 2007 bis 2012 um weiterer 17,5 %. Im Zeitraum 2007 bis 2012 kam es dann zwar auch zu einer nominellen Reduktion, die aber in Relation zu den gesamtwirtschaftlichen Einbußen gesehen werden muss.

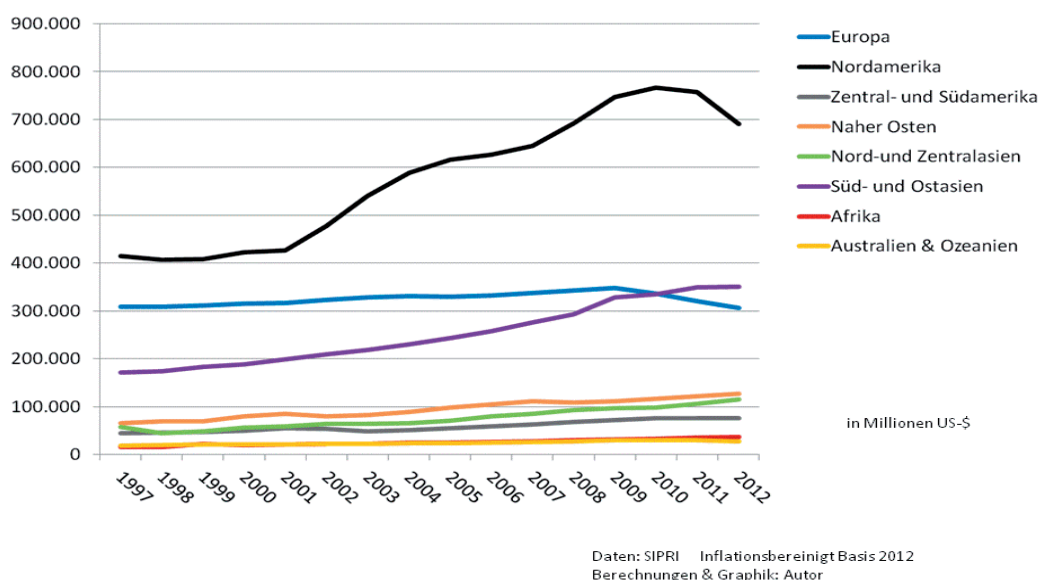


Abbildung 10: Entwicklung globaler Militärausgaben in Millionen US-Dollar 1997 bis 2012

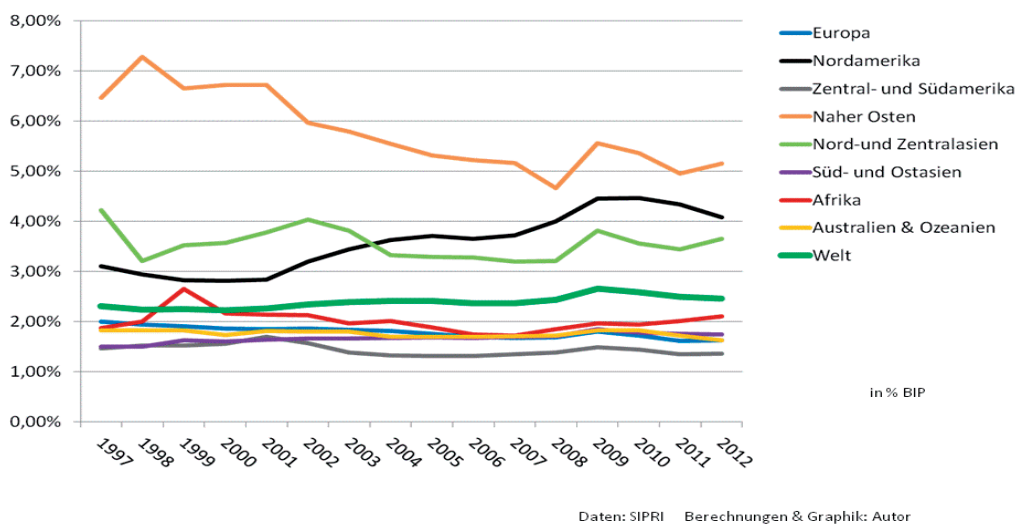


Abbildung 11: Entwicklung globaler Militärausgaben als prozentueller BIP-Anteil 1997 bis 2012

Welche Relevanz Militär in den jeweiligen Regionen hat, ist besonders deutlich bei der Gegenüberstellung der Militärausgaben als prozentuellem Anteil am BIP zu erkennen. Seit Jahrzehnten steht die Konfliktregion des Nahen Ostens hier an der Spitze. Auf Grund der guten wirtschaftlichen Entwicklungen sank der prozentuelle Anteil am BIP im letzten Jahrzehnt zwar von über 7 % auf ca. 5 %, die realen Ausgaben nahmen aber weiter zu. Auch die Staaten Nord-

und Zentralasiens wenden mit etwas über 3,5 % seit Jahrzehnten deutlich mehr als der Weltdurchschnitt für militärische Aufgaben auf. Nordamerika lag zwar auch traditionell immer über dem globalen Durchschnitt, nähert sich seit 2011 aber den besonders hohen Ausgaben der Konfliktzone des Nahen Ostens an. Europas Verteidigungsausgaben liegen hingegen deutlich unter dem weltweiten Durchschnitt.

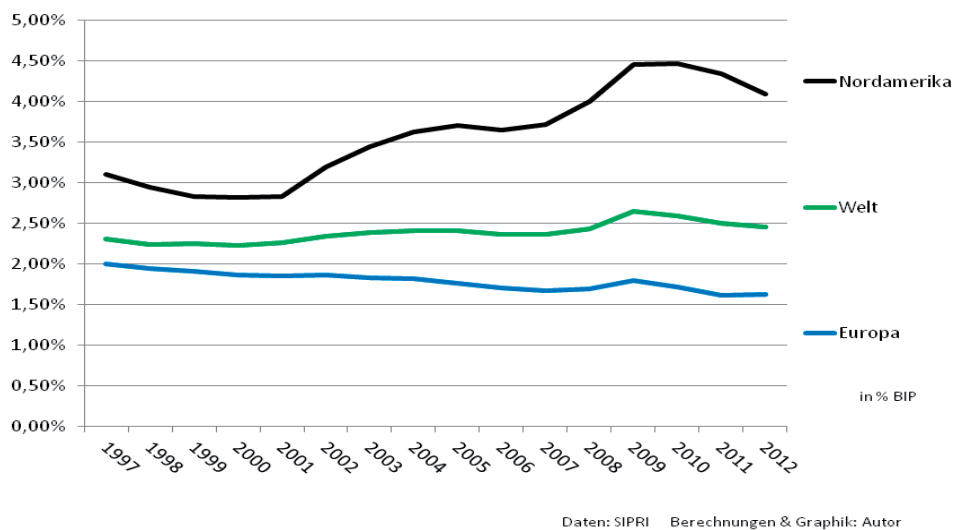


Abbildung 12: Entwicklung der europäischen und nordamerikanischen Militärausgaben als prozentueller BIP-Anteil 1997 bis 2012

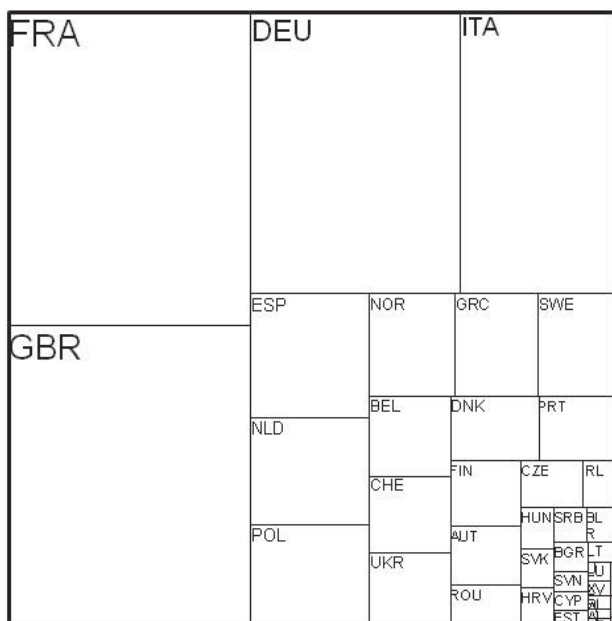
Die vollkommen unterschiedlichen Prioritäten staatlichen Handelns der europäischen und nordamerikanischen Verbündeten werden klar, wenn ihre jeweiligen Militärausgaben als prozentueller BIP-Anteil gegenübergestellt werden. Ende der 90er Jahre betrug die Differenz knapp 1 % und Nordamerika senkte seine Ausgaben in Relation zum BIP sogar stärker als Europa dies tat. Nach dem 11. September 2001 hingegen steigerte Nordamerika seine militärischen Aktivitäten massiv, während Europa militärischen Aufgaben zusehends weniger Relevanz im gesamtstaatlichen Kontext einräumte. Bei nordamerikanischen Ausgaben von 4,5 % erreichte die Differenz zeitweilig einen Wert von 2,75 %. Europas Anstrengungen stellen somit inzwischen nicht einmal mehr 40 % des transatlantischen Verbündeten dar. Betrachtet man die Differenz zwischen Nordamerika und Europa ohne Frankreich und Großbritannien, so betragen die Verteidigungsanstrengungen dieses Teils Europas sogar nur etwa 30 % der nordamerikanischen.

### Europäische und österreichische Militärausgaben – Status und Trends

Die Verteilung von Militärausgaben und –stärke innerhalb Europas ist einerseits auf Grund wirtschaftlicher Stärke, aber auch auf Grund divergierender Interessen und Kulturen sehr unterschiedlich. Frankreichs und Großbritanniens Militärbudgets stellen jeweils 20 % der gesamteuropäischen Verteidigungsbudgets dar, Deutschlands immerhin 16 % und Italiens 12%. Österreichs diesbezügliche Bedeutung begrenzt sich auf 1,1 %. Dies obwohl Frankreich nur 14,5 %, Großbritannien 12,7 %, Italien 11,2 %, Deutschland und Österreich hingegen 18,5 % bzw. 2,3 % der europäischen Wirtschaftsleistung repräsentieren.

Die europäischen NATO-Staaten sind dabei für 91 %, die allianzfreien<sup>10</sup> für 8,6 % der Militärausgaben verantwortlich. Die europäischen „Zwergstaaten“ wendeten 2,2 %, die kleineren Staaten Europas 26,2 % und die Groß- und Mittelmächte 71,6 % der europäischen Verteidigungsmittel auf.

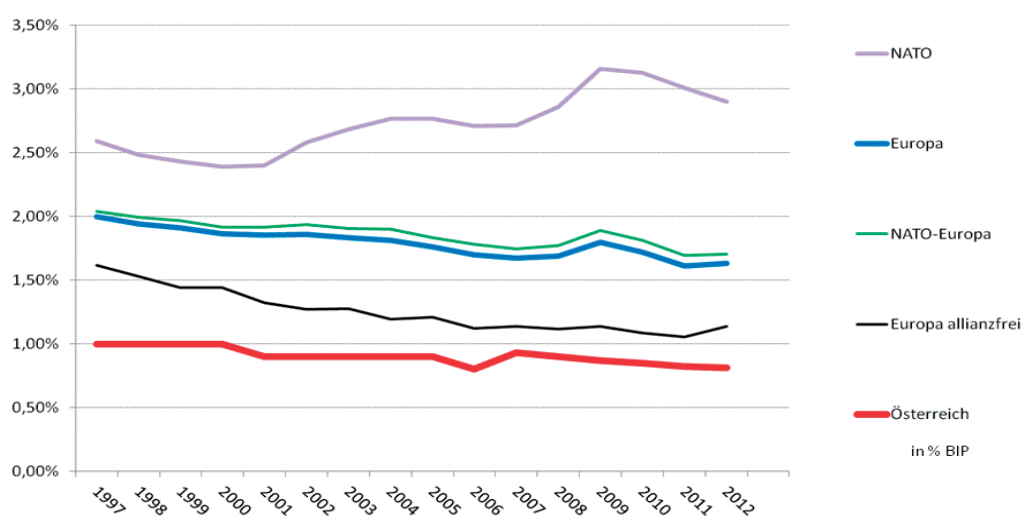
<sup>10</sup> Weißrussland bzw. die NATO-Beitrittskandidaten Bosnien und Herzegowina, Mazedonien (FYROM) sowie Montenegro sind weder der einen noch der anderen Gruppe zuzurechnen.



Daten: SIPRI Berechnungen &amp; Graphik: Autor

Abbildung 13: Verteilung der europäischen Militärausgaben 2012

Europäische Staaten gaben zwischen 1997 und 2012 bis zu 8,9 % ihres BIP für Militäraufgaben aus. Die Extremwerte standen dabei immer in Zusammenhang mit konkreten Konflikten. Neben den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens - Serbien, Kroatien und Mazedonien (FYROM) - die für diese Extremwerte verantwortlich zeichneten, gab nur Zypern zeitweilig bis zu 6 % seines BIP für Verteidigung aus. Innerhalb der Beobachtungszeiträume stellte diesbezüglich die Periode 1997 bis 2002, in dem die letzten kriegerischen Auseinandersetzungen in Ex-Jugoslawien stattfanden, die unruhigste Phase dar. Ab 2004 lagen jedoch die Militärausgaben aller europäischen Staaten immer unter 3,3 % des BIP.



Daten: IMF, SIPRI

Berechnungen &amp; Graphik: Autor

Abbildung 14: Entwicklung der europäischen und österreichischen Militärausgaben als prozentueller BIP-Anteil 1997 bis 2012

Im unteren Segment gaben, abgesehen von Moldawien (zeitweilig nur 0,3 %), alle Staaten Europas über 0,5 % ihres BIP für Streitkräfte aus.

Österreich verwendete Ende der 90er Jahre noch 1 % seines BIP für militärische Aufgaben, seit 2001 jedoch immer weniger als 1 % – konkret zwischen 0,93 % und 0,81 %. Österreich gehörte somit schon vor Beginn der Wirtschaftskrise (2007) einer „exklusiven“ Gruppe von sechs europäischen Staaten an, welche weniger als 1 % ihres BIP für militärische Angelegenheiten ausgaben. Traditionell sind dies, neben den wirtschaftlichen Zwergstaaten Luxemburg (Status 2012 – 0,61 %) Malta (0,61 %) und Moldawien (0,3 %), nur die allianzfreien Staaten Irland (0,56 %), Österreich (0,81 %) und Schweiz (0,76 %). Lettland (0,94 %, 2007 noch 1,7 %), Litauen (0,98 %, 2007 noch 1,4 %), Ungarn (0,80 %, 2007 noch 1,3 %) und Spanien (0,85 %, 2007 noch 1,2 %) gehören dieser Gruppe erst seit 2011 bzw. 2012 an.

2012 wendete Gesamteuropa 1,63 % seines BIP für Verteidigungszwecke auf, Großbritannien hingegen 2,5 % und Frankreich 2,3 %. Europa, ohne diese beiden militärischen Großmächte gerechnet, gab nur 1,34 % für militärische Angelegenheiten aus. Österreich gibt somit, gemessen an seinem BIP, ziemlich exakt lediglich 50 % dessen, was Europa für seine Verteidigung aufwendet, aus – mit Europa ohne Frankreich und Großbritannien verglichen, etwa 60 %.

Die europäischen Staaten haben ihre Militärausgaben 1997 bis 2002 noch real um 4,6 %, 2002 bis 2007 um 4,4 % erhöht, 2007 bis 2012 hingegen um 9,26 % reduziert. Gemessen am BIP wurden in Europa seit 1997 die Militärausgaben um 18 % reduziert – dabei 1997 bis 2002 um fast 7 %, 2002 bis 2007 um 10 % und 2007 bis 2012 um weitere 2,5 %. Europa ohne Frankreich und Großbritannien gerechnet hat seit 1997 die Militärausgaben sogar um fast 22 % reduziert - 1997-2002 um 6 %, 2002-2007 um 12 % und 2007 bis 2012 um weitere 6 %. Die beiden europäischen militärischen Großmächte haben ihren Militäranteil auch gemessen am BIP seit 1997 nur um 13 % reduziert - dabei 1997 bis 2002 um fast 10 %, 2002 bis 2007 um weitere 8 %, jedoch 2007 bis 2012 um 4 % erhöht.

Österreich hat seine Militärausgaben, gemessen am BIP, seit 1997 nahezu parallel zur europäischen Entwicklung sukzessive um 19 % reduziert. In den einzelnen Beobachtungszeiträumen wurden 1997 bis 2002 die österreichischen Ausgaben um 10 % gesenkt, 2002 bis 2007, bedingt durch eine kurzfristige Budgeterhöhung zu Beginn der Eurofighter-Ratenzahlungen, um 3,3 % angehoben und 2007 bis 2012 wieder um 12,9 % gesenkt.

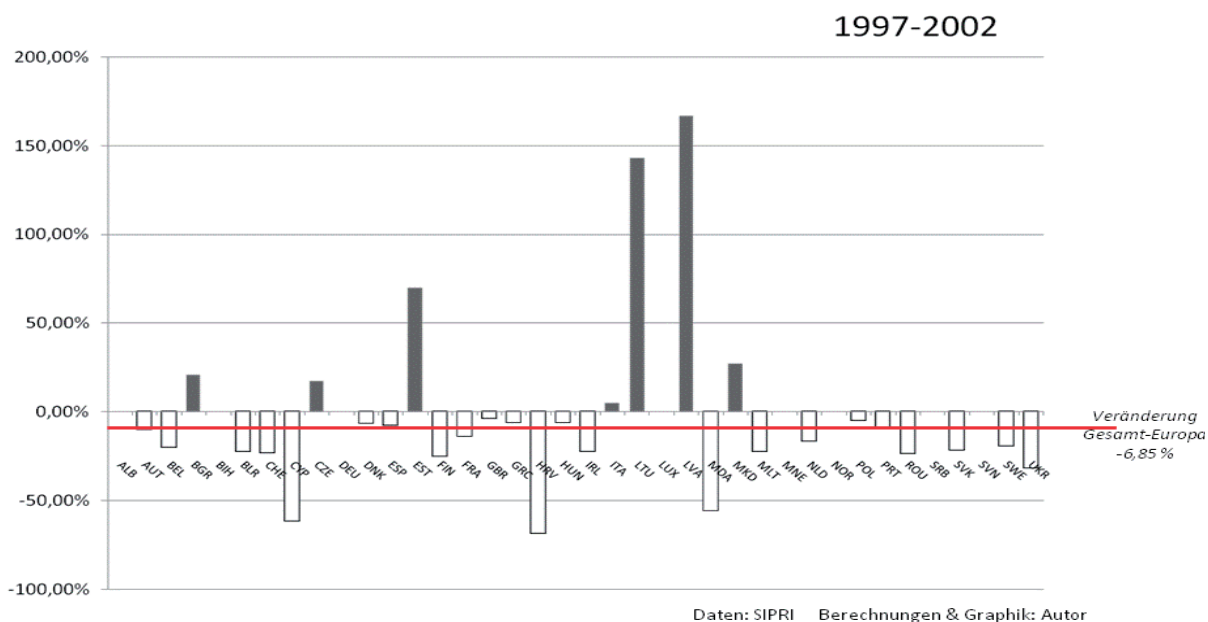


Abbildung 15: Veränderung nationaler europäischer Verteidigungsbudgets als prozentueller Anteil am BIP 1997 bis 2002

Wie in den Graphiken 15 bis 17 ersichtlich, haben zwar einzelne Staaten in den verschiedenen Beobachtungszeiträumen auch gegen den Trend gehandelt, dennoch zeigt sich deutlich, dass durchgängig bereits seit Ende der 90er Jahre in Europa eine sukzessive Reduktion militärischer Ausgaben stattfindet. Die Finanz- und Wirtschaftskrise bzw. die Staatsfinanzkrise



europäischer Staaten führte nur dazu, dass zahlreiche Regierungen diesen Trend verstärkten und die Militärausgaben in Weiterführung des generellen Trends teils signifikant kürzten. Es ist aber nicht der Budgetdruck, sondern die Beurteilung der strategischen Lage durch die Regierungen und die sicherheitspolitische und strategische Kultur der meisten europäischen Staaten, die militärischen Angelegenheiten seit Ende der 1990er Jahre nur eine geringe Relevanz zusprechen und konsequenterweise Militärausgaben reduzieren.

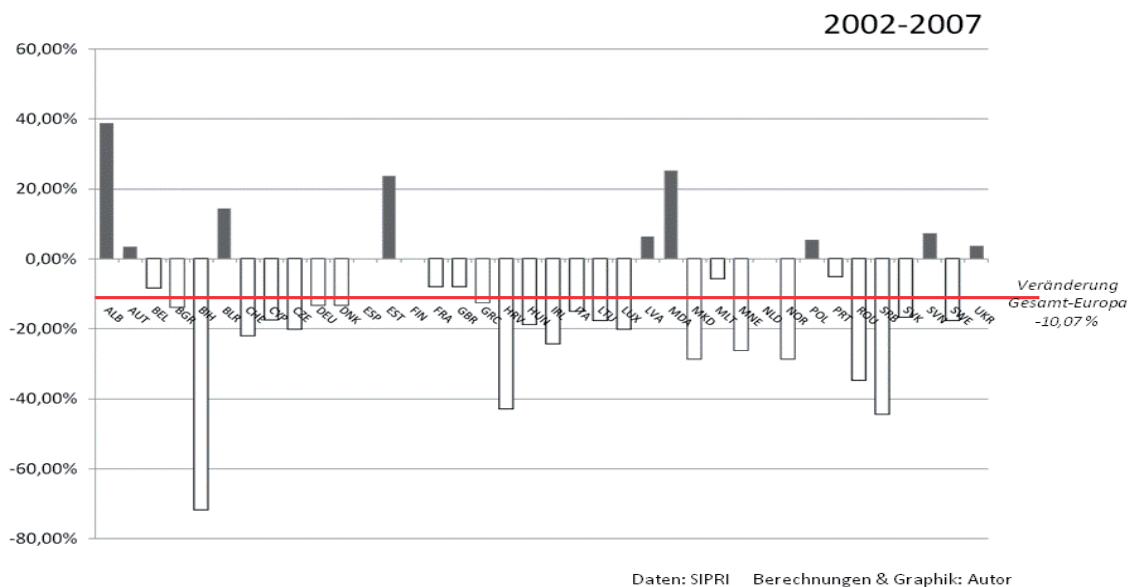


Abbildung 16: Veränderung nationaler europäischer Verteidigungsbudgets als prozentueller Anteil am BIP 2002 bis 2007

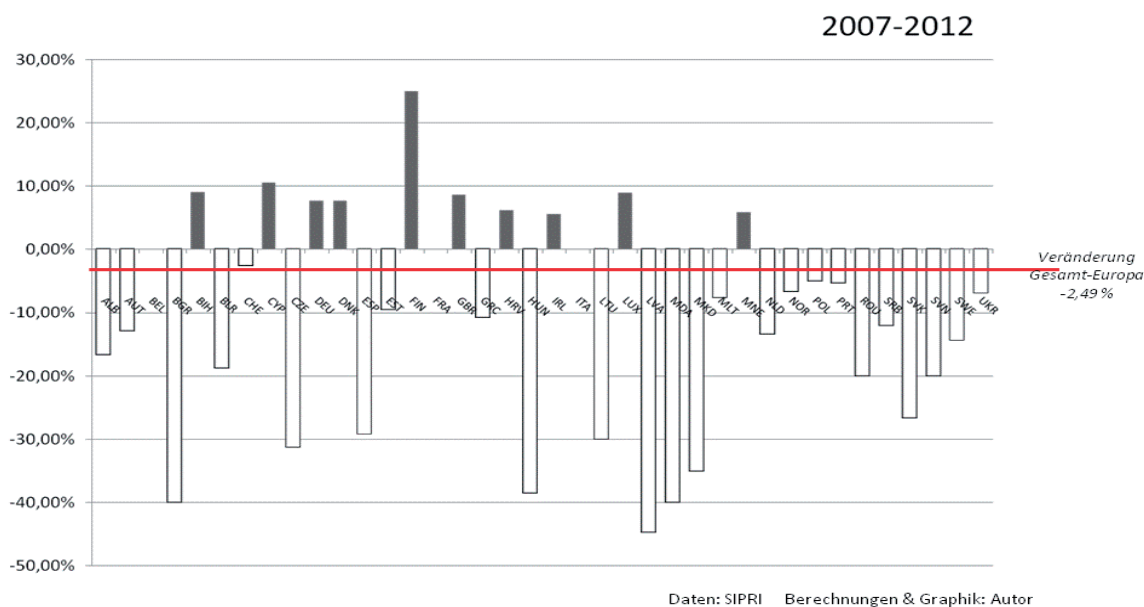


Abbildung 17: Veränderung nationaler europäischer Verteidigungsbudgets als prozentueller Anteil am BIP 2007 bis 2012

### **Ausblick**

Mit der Ukraine-Krise ist zuletzt der militärische Faktor der Sicherheitspolitik auch in Europa wieder sichtbarer geworden. Krisenhafte Entwicklungen zeichnen sich dabei ja auch dadurch aus, dass ihr Ausgang und ihre Auswirkungen oft nur begrenzt vorhersehbar sind. Daher ist auch ein Ausblick hinsichtlich der finanziellen Rahmenbedingungen europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik schwierig.

Der Konflikt mit Russland scheint jedoch zumindest in Teilen Europas ein strategisches Umdenken auszulösen. Vor allem die nordischen Staaten und die Staaten Osteuropas werden ihre Militärausgaben wieder leicht erhöhen. Überdies haben am 5. September 2014 beim Gipfel von Wales alle NATO-Mitglieder ihre Bereitschaft erklärt, ihre Militärausgaben nicht weiter zu senken. Die NATO-Zielvorstellung von 2% des BIP für Militärausgaben ist jedoch weiterhin als Wunschvorstellung zu betrachten. Die Ukraine-Krise dürfte aber den langfristigen Trend zur weiteren Reduktion europäischer Militärausgaben vorerst gestoppt haben. Es ist daher davon auszugehen, dass es nach Erholung der europäischen Wirtschaft in allen europäischen Staaten wieder zu einem leichten nominellen Anstieg der Militärausgaben kommen wird. Somit ist in den nächsten Jahren eine Stabilisierung der europäischen Verteidigungsbudgets um 1,5 – 1,6 % des BIP zu erwarten. Da in Österreich der Konflikt mit Russland nicht als direkte Sicherheitsbedrohung wahrgenommen wird, dürfte hingegen der langfristige Trend beibehalten werden und Österreichs Verteidigungsbudget, gemäß NATO-Standard gerechnet<sup>11</sup>, in den nächsten Jahren wohl Richtung 0,7 bis 0,75 % des BIP fallen. Nach österreichischen Standards gerechnet ist somit ein Absinken auf 0,6 % des BIP zu erwarten.

---

<sup>11</sup> Ausgaben des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport (BMLVS) ohne Sportausgaben jedoch inklusive Pensionen, welche in Österreich traditionell für alle öffentlichen Bediensteten außerhalb des Verteidigungsministeriums budgetiert werden.

## **Autor**

Oberstleutnant Mag. Herwig Jedlaucnik, MBA ist Berufsoffizier, Politikwissenschaftler und Unternehmensberater. Er ist Mitarbeiter am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zuvor war er in unterschiedlichsten Funktionen in der sicherheitspolitischen Forschung bzw. Beratung sowie mehrere Jahre in der Industrie und als selbständiger Unternehmensberater tätig. Davor war er als Berufssoldat und Kommandant in verschiedenen Kampfverbänden des Bundesheeres aktiv. Er ist Absolvent der Theresianischen Militärakademie, der Universität Wien, der Wirtschaftsuniversität Wien sowie der University of Minnesota (USA) und hat fachspezifische Ausbildungen an der Landesverteidigungsakademie Wien, der Ecole Militaire (Frankreich) bzw. am Galilee College (Israel) abgeschlossen.

## **Institut für Strategie & Sicherheitspolitik (ISS)**

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik wurde 1967/68 als Institut für militärische Grundlagenforschung geschaffen und ist damit das älteste Forschungsinstitut der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zum ursprünglichen Auftrag, das moderne Kriegsbild und dessen weitere Entwicklung zu erforschen, militärische Strategien zu vergleichen und den Einfluss der modernen Kriegführung auf die österreichische Landesverteidigung zu untersuchen, kamen inzwischen weitere Bereiche. In die Bereiche Strategie, internationale Sicherheit sowie Militär- und Zeitgeschichte gegliedert, widmen sich die Forscher des Instituts in enger Kooperation mit zivilen und militärischen wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland der Erforschung aktueller strategischer, sicherheitspolitischer und zeithistorischer Fragen. Die Ergebnisse werden in Form von Publikationen sowie in der Lehre im Ressort und darüber hinaus vermittelt.

Erhalten Sie bereits die regelmäßigen Einladungen zu unseren Vorträgen und Veranstaltungen? Wenn Sie noch nicht auf unserer Verteilerliste stehen, bitten wir um eine kurze Nachricht an [wolfgang.gosch@bmlvs.gv.at](mailto:wolfgang.gosch@bmlvs.gv.at) bzw. um Ihren Anruf unter +43 (0) 50201 10 28301, um Sie in unseren Verteiler aufzunehmen.

